

**Standortqualität, Wirtschaftswachstum und internationale
Wettbewerbsfähigkeit
Kommentar zu M. Neumann**

von Hans-Werner Sinn

erschieden in:

E. Kantzenbach und O.G. Mayer (Hrsg.):
„Deutschland im internationalen Standortwettbewerb“,
Nomos: Baden Baden 1994/95, S. 41-44.

Neue Wachstumstheorie und Standortqualität

Hans-Werner Sinn

Koreferat zu Manfred Neumann

Manfred Neumann hat eine ungewöhnlich klare und elegante Darstellung der Neuen Wachstumstheorie gegeben, doch hat er mich nicht überzeugt, daß diese Theorie Wesentliches zur Standortdiskussion beitragen kann. Er wollte das wohl auch nicht, seine Kommentare sind ja ebenfalls skeptisch.

Im folgenden werde ich die Neue Wachstumstheorie im allgemeinen kritisieren, so dann *Neumanns* Ergebnisse im besonderen kommentieren und schließlich über das sprechen, was ich für das wahre Standortproblem halte.

Lassen Sie mich zum ersten Punkt kommen: Häufig wird behauptet, die Fähigkeit der Neuen Wachstumstheorie, eine dauerhafte Veränderung der Wachstumsrate des Sozialproduktes zu generieren, sei darauf zurückzuführen, daß in dieser Theorie eine endogene Akkumulation von technischem Wissen modelliert werde. Dieser Aspekt ist aber in Wahrheit zweitrangig. Entscheidend sind vielmehr feine mathematische Details der Modellformulierung, die in dieser Form einer empirischen Überprüfung nicht zugänglich sind. So kommt es darauf an, daß die Höhe der Forschungsaufgaben die Wachstumsrate des technischen Wissens beeinflußt und nicht etwa den absoluten Zuwachs dieses Wissens oder gar bloß das Niveau. Verknüpft mit der Annahme, daß das Niveau des technischen Wissens als multiplikativer Faktor in der Produktionsfunktion auftaucht, impliziert dies die gewünschte Wachstumsdynamik.

Das Problem ist nun aber leider, daß sich das technische Wissen kaum auf einer ordinalen, geschweige denn auf einer Verhältnisskala messen läßt, wie es nötig wäre, um zwischen einer Wachstumsrate und einem absoluten Zuwachs zu unterscheiden. Man kann vielleicht davon sprechen, ein Wissen sei umfangreicher als ein anderes, nicht jedoch davon, daß es um soundsoviel Prozent höher sei als ein anderes. Über der Neuen Wachstumstheorie schwebt ein Hauch von Metaphysik.

Von diesen Problemen abgesehen irritiert mich auch die Grundbotschaft der Neuen Wachstumstheorie, daß nämlich über säkulare Zeiträume hinweg eine nachhaltige Erhöhung der Wachstumsrate des Sozialprodukts erzielbar sei. Ich dachte eigentlich, diese von der älteren Wachstumstheorie à la *Marx* und *Harrod/Domar* her bekannte Utopie sei bereits durch *Solow* überwunden worden, aber offenbar müssen wir akzeptieren, daß sich das Wissen der Ökonomen zirkulär entwickelt. Die Wachstumsrate des Sozialprodukts gleicht dem Quotienten aus Sparquote und Kapitalkoeffizienten. Während *Harrod* und

Domar argumentiert hatten, die Wachstumsrate des Sozialproduktes lasse sich durch die Erhöhung der Sparquote vergrößern, verwies *Solow* darauf, daß mit der solcherart vergrößerten Kapitalintensität der Produktion auch der Kapitalkoeffizient steigen müsse, so daß ein nachhaltiger Effekt auf die Wachstumsrate nicht zu erwarten sei. Ressourcenökonomien taten später ein übriges, indem sie unter Hinweis auf die Erschöpfung der Bodenschätze zeigen konnten, daß nicht einmal ein dauerhaftes Wachstum mit fester Rate möglich ist. Nun sollen wir all dies wieder vergessen und *Lucas* und seinem Adlatus *Romer* folgen, wenn sie uns den Weg zu *Domar* und *Harrod* zurückweisen und eine neue Wachstumseuphorie erzeugen wollen. Wer folgen möchte, mag es tun. Ich für meinen Teil halte die ganze Entwicklung für ziemlich widersinnig. Jedenfalls sehe ich wenig, was wir aus ihr für die Standortdebatte lernen können.

Lassen Sie mich zu meinem zweiten Punkt der Kritik an *Neumanns* Aufsatz im besonderen kommen. Ein Effekt, der in diesem Aufsatz betont wird, liegt in der wachstumshemmenden Wirkung einer allgemeinen Einkommenssteuer, die deshalb auftritt, weil diese Steuer die Kapitalerträge belastet und so einen Keil zwischen die Grenzproduktivität des Kapitals und die Zeitpräferenzrate der Sparer treibt. Diese Wirkung ist tatsächlich zu erwarten, aber andererseits auch wohlbekannt. Jedenfalls ist sie bereits in explizit ausformulierten intertemporalen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen abgeleitet worden. Zugegebenermaßen lagen diesen Gleichgewichtsmodellen die konventionellen Technologieannahmen des *Solow*-Modells zugrunde, so daß zwar ein Absinken des Wachstumspfad, doch nur eine temporäre Verringerung der Wachstumsrate abgeleitet wurde. Der praktische Unterschied ist indes gering. Nach allem, was wir wissen, dauert eine neunzigprozentige Anpassung an den Steady State mehr als ein halbes Jahrhundert. Zwischen den Prognosen der alten und der neuen Wachstumstheorie liegt deshalb kein ökonometrisch meßbarer Unterschied vor, und wohl auch keiner, der wirtschaftspolitisch von Belang wäre.

Ein zweiter Aspekt, den *Neumann* betont, ist der Zusammenhang zwischen statischen und dynamischen Wohlfahrtverlusten. Jede Steuer und jede statische Ineffizienz, die das für Forschung und Kapitalbildung verfügbare Sozialprodukt heute verkleinert, hat, so der Autor, dauerhafte Auswirkungen auf den Lebensstandard, und die dauerhaften Auswirkungen können die heute spürbaren Wirkungen weit übertreffen. Ich bin mir nicht sicher, ob diese These stimmt.

Zum einen impliziert nämlich eine optimale Konsumplanung der Haushalte in *Neumanns* Modell, daß der aktuelle Einkommensnachteil aus einer statischen Ineffizienz in einer solchen Weise zu Lasten des Konsums und der Ersparnis aufgeteilt wird, daß der Barwert des gesamten heutigen und zukünftigen Wohlfahrtsverlustes gerade der heutigen Sozialprodukteinbuße entspricht. Dabei ist es gleichgültig, wie der Wohlfahrtsverlust auf

heutige und zukünftige Konsumeinbußen aufgeteilt wird, wie er sich also in statische und dynamische Komponenten unterteilt.

Zum anderen gibt es gerade in der Neuen Wachstumstheorie Ansätze, die *Schumpeters* "schöpferische Zerstörung" nachbilden und umso größere Wachstumspotentiale prognostizieren, je größer die gegenwärtigen Wohlfahrtseinbußen sind. Die ganze Angelegenheit ist nach meinem Eindruck überhaupt noch nicht geklärt.

Was ich bei *Neumanns* Analyse vermißt habe, ist eine Diskussion der Rolle staatlicher Forschungsförderung. So, wie sein Modell formuliert wurde, werden staatliche Steuereinnahmen ausschließlich für öffentlichen Konsum verwendet und rivalisieren deshalb grundsätzlich mit dem Ziel, durch Erhöhung der Forschungsausgaben das Wachstum zu fördern. Das ist nicht plausibel, denn durch die Finanzierung von Schulen und Universitäten und durch gezielte Forschungssubventionen trägt gerade der Staat in hohem Maße zur Akkumulation von Wissen bei. Der Schluß, man müsse die Steuer senken, um das Wachstum zu fördern, mag populär sein. Durch das vorliegende Modell wird er indes nicht gestützt.

Lassen Sie mich zum Abschluß kurz auf das wirkliche Standortproblem eingehen, mit dem sich Deutschland heute konfrontiert sieht. Dieses Standortproblem liegt nach meiner Auffassung in der neuen Konkurrenz durch die ehemaligen Ostblockstaaten, die zu der bestehenden Konkurrenz aus Fernost hinzutritt. Obwohl der Transformationsprozeß im Osten noch nicht abgeschlossen ist, bieten sich dort schon heute exzellente Standortalternativen für die deutsche Industrie. Ein tschechischer Arbeiter kostet ein Zehntel, ein polnischer ein Fünftel und ein ukrainischer ein Vierzigstel eines deutschen. Es ist für mich unvorstellbar, daß sich diese Unterschiede über die nächsten zwei Jahrzehnte werden halten lassen, und es ist ebenfalls unvorstellbar, daß sie sich allein durch die Erhöhung der Ostlöhne verringern werden.

Nachdem sich die Niedriglohnkonkurrenz aus Fernost auf Güter mit vergleichsweise niedrigen Transportkosten konzentriert, steht Deutschland nun in einer neuen historischen Phase, in der es eine solche Konkurrenz auch im Bereich schwerer Güter mit hohen Transportkosten bestehen muß. Dazu werden Baustoffe, Möbel, Rohmaterialien der verarbeitenden Industrie, chemische Grundstoffe und vieles mehr gehören. Der scharfe Wind des Wettbewerbs wird kaum irgendwelche Nischen aussparen.

Für die deutsche Arbeitsbevölkerung wird erschwerend hinzukommen, daß die direkte Zuwanderung von Ausländern am Arbeitsmarkt den Konkurrenzdruck unmittelbar erhöht. Die deutschen Löhne werden also von zwei Seiten unter Druck geraten: durch Abwanderungen der Industrie und durch die Zuwanderung neuer Arbeitskräfte.

Wenn man versucht, diesem Druck durch eine Verhärtung der Tarifpolitik standzuhalten, so wird eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit das Resultat sein, und wenn man

ihm nachgibt, so wird es zu Änderungen in der deutschen Einkommensverteilung kommen, die enorme Probleme für die politische Stabilität unseres Landes aufwerfen. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma liegt meiner Meinung nach in einer neuen Tarifpolitik, die zwischen den Löhnen für marginale und intramarginale Arbeit unterscheidet und sich in großem Stil die Vorteile einer Preisdifferenzierung für Arbeit zunutze macht. Für den Erfolg im Standortwettbewerb reicht es, die Kosten marginaler Arbeit abzusenken, und für den sozialen Frieden ist es erforderlich, den Lohn für intramarginale Arbeit hoch zu halten. Beides läßt sich gemeinsam realisieren. Beteiligungsmodelle, die zwischen Insidern und Outsidern unterscheiden, mögen einen Weg bieten, die notwendige Differenzierung der Lohnstruktur mit minimalen rechtlichen und politischen Friktionen durchzusetzen.